

Biographie und Beruf im staatlichen Spannungsfeld

Der Architekt Hermann Henselmann in der Zeit des
„Bauens in nationaler Tradition“¹

Frank Hager

Zusammenfassung

Architektur und Stadtplanung haben in den unmittelbaren Nachkriegsjahren und darüber hinaus zu jenen hochpolitisierten Gesellschaftsbereichen gehört, die für die Ausprägung charakteristischer Kommunikationsstrukturen und kommunikativer Strategien innerhalb des staatssozialistischen Systems der SBZ/DDR beispielhaft gewesen sind. Aufgrund der kaum zu unterschätzenden Symbolfunktion haben sich diese Spezialistendebatten um Architektur und Städtebau permanent mit dem politisch-ideologisch geführten (Herrschafts-)Diskurs überschritten, insbesondere in dem Bemühen, im Spannungsfeld zwischen persönlichen Entwurfsentscheidungen und staatlichen Steuerungsversuchen Kurs zu halten, sich also autonome Bereiche zu bewahren, wie es in der Person Hermann Henselmanns, des wohl bis heute bekanntesten Architekten der DDR, besonders anschaulich wird. Anhand der legendären „Reise nach Moskau“ des Jahres 1950 wird gezeigt, welche Grenzen sich in dem verzweifelten Ringen, die eigene berufliche Existenz mit einem Rest an Gestaltungsfreiheit zu erhalten, als unüberwindlich herausgestellt haben. Zugleich aber haben fehlende Verbindlichkeiten bei der Implementation der Reiseergebnisse in bestehende Strukturen ein vorzügliches Experimentierfeld eröffnet, auf dem ein gewiefter Taktiker wie Henselmann bewusst falsche Spuren legen konnte. Deutlich wird insgesamt, dass ein an westlichen Maßstäben genormtes Analyseraster nicht ausreicht, um solche biographischen Volten unter sozialistischen Bedingungen angemessen zu erfassen und daraufhin zu befragen, was diese Verhaltensmuster über den Charakter von gesellschaftlichen (Teil-)Diskursen in diktatorisch verfassten Systemen auszusagen vermögen.

1. Biographische Perspektiven innerhalb der Architektur- und Stadtplanungsdiskurse der frühen DDR

Architektur und Stadtplanung haben in den unmittelbaren Nachkriegsjahren und darüber hinaus zu jenen hochpolitisierten Gesellschaftsbereichen gehört, die für die Ausprägung charakteristischer Kommunikationsstrukturen und kommunikativer (Überlebens-)Strategien innerhalb des sozialistischen Systems der SBZ/DDR beispielhaft gewesen sind. Die diskursiven Auseinandersetzungen um Architektur und Stadtplanung sollen nachfolgend als lohnende Untersuchungsfelder vorgestellt werden, deren

1 Der nachfolgende, komplett überarbeitete Beitrag stützt sich auf Auszüge aus: Hager 2015.

Erkenntnispotential für eine gesamtdeutsche Kulturgeschichte noch erschlossen werden könnte – sofern sich auch die Vertreter der Zeitgeschichtsforschung dem Sujet unbefangener näherten. Wenn man die Eigenlogik staatssozialistischer Gesellschaften vollständiger erfassen will, als dies einer an Totalitarismustheoremen orientierten Zeitgeschichtsforschung bislang gelungen ist, bedarf es einer deutlichen Weiterentwicklung von Fragestellungen und Forschungsperspektiven.

Eine solche Erweiterung des Analyserahmens kann zum einen dadurch gelingen, dass der Blick vom Ganzen auf gesellschaftliche Teildiskurse gerichtet wird, zum anderen, indem solche Studien durch die gezielte Auswertung biographischer Verläufe verdichtet werden. Beides wird methodisch im Rahmen von diskursanalytischen Verfahren geleistet, die Individuum und Staat in ihren kommunikativen Wechselbeziehungen gleichberechtigt erfassen. Über die Grenzen von Diskursen lassen sich sowohl Rückschlüsse auf die Bedeutung von gesellschaftlichen Teilbereichen für den Staat als auch über die Bedingungen biographischer Sozialisation von Individuen ziehen. Anders gesagt: Will man den emotionalen Komponenten im Verhältnis zwischen Mensch und Staat auf die Spur kommen, wird es kaum möglich sein, sich solchen individuellen, kognitiven Prozessen anders zu nähern als über eine Analyse kommunikativer Strukturen.

Vergleicht man die Entwicklungen im Bereich des Städtebaus zunächst in den Besatzungszonen, später dann in beiden deutschen Staaten bis in die 1970er Jahre hinein, so kommen wesentliche Unterschiede, aber auch erstaunliche Gemeinsamkeiten in den Blick. In den Planungen für den Aufbau in der Westhälfte Nachkriegsdeutschlands wurde unmittelbar ab 1945 bis etwa in die 60er Jahre hinein das Leitbild der Stadtlandschaft dominant. Dabei wurde konzeptionell an vieles angeknüpft, was schon in den 1920er Jahren als „Moderne“ diskutiert, geplant und singulär auch gebaut wurde. Beispielhaft für die Umsetzung dieses Leitbildes ist die „Weißenhofsiedlung“ in Stuttgart. Aufgelockerte, durchgrünte Siedlungsstrukturen als bewusste Abkehr vom „Mietskasernenmief“ und dem Chaos der Stadt des 19. Jahrhunderts wurden als Voraussetzungen dafür angesehen, „Licht und Luft für alle“ und damit einen grundlegenden – auch geistigen – Neuaufbau der Gesellschaft möglich zu machen. Die Stadt wurde als „soziale Stadt“ in der Tradition früherer Bauhaus- und Werkbundkonzepte gedacht und weiterentwickelt, die Architektur der Gebäude orientierte sich an den überkommenen Prämissen funktionaler Nüchternheit. Insbesondere die Gesellschafts- und Funktionsbauten der 1950er und 60er Jahre, wie etwa das „Thyssen-Hochhaus“ in Düsseldorf oder der „Lange Eugen“ in Bonn, wurden im Stil der internationalen Moderne errichtet und zum Symbol des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs der jungen Bundesrepublik. Die Überzeugung, dass man auch auf der grünen Wiese „Urbanität durch Dichte“ erzeugen könne, führte in den 1960er Jahren zum Paradigmenwechsel in der Planungskultur und zog die bundesweite Errichtung vorstädtischer Großsiedlungen nach sich. Erst radikale Kritik an den sozialen und gesellschaftlichen Folgewirkungen solch monotoner Vorstadtsiedlungen und den damit einhergehenden, bedenkenlosen Überplanungen gewachsener Stadtquartiere, wie sie stellvertretend in Alexander Mitscherlichs Klage über die „Unwirtlichkeit unserer Städte“ (Mitscherlich 1965) oder in Wolf Jobst Siedlers Publikation „Die gemordete Stadt“ (Siedler 1964) zum Ausdruck kam, bewirkte einen nachhaltigeren Ansatz, der in den 1970er Jahren dazu führte, dass sich insbesondere in innerstädtischen Räumen Sanierungskonzepte zunehmend gegen Abrissplanungen durchsetzen konnten.

Nachdem man in der SBZ ab 1945 zunächst ebenfalls eine an der internationalen Moderne orientierte Planung und Bauweise verfolgt hatte, kam es von 1950 bis 1955 zu einer architektonischen Neuausrichtung im Rahmen des „Nationalen Aufbauprogramms“ (Palutzki 2000: 43-113). Die am 16. September 1950, zwei Tage nach dem Erlass des Aufbaugesetzes bekanntgemachten „16 Grundsätze des Städtebaus“ (vgl. Butter 2006: 62-66, Mahnken 1995), die kanonisch die bei allen zukünftigen Planungen zu berücksichtigenden Prämissen sozialistischen Städtebaus festlegten, gingen unmittelbar auf sowjetische Vorlagen zurück, die eine Delegation von Architekten und Regierungsvertretern der DDR von einer Reise in die Sowjetunion im Frühjahr 1950 mitgebracht hatten. Dort waren die deutschen Teilnehmer dieser „Studienreise“ von führenden Sowjetarchitekten und Bauplanern in Moskau sowie in Leningrad, Stalingrad und Kiew begleitet worden, um anhand konkreter Beispiele die politisch gewollte Abkehr von der nachfolgend als „formalistisch“ und „kosmopolitisch“ stigmatisierten Moderne zu verinnerlichen und die sowjetischen Erfahrungen in die DDR zu überführen (Hain 1995: 7). Mit den 16 Grundsätzen wurde das ideale, zukünftig anzustrebende Stadtbild, seine Struktur und Planungshierarchien verbindlich festgelegt; die Architektur der Gebäude selbst war damit aber noch nicht determiniert – wenngleich der „Sozialistische Realismus“² das Gesamtkonzept abgeben sollte. Die Übersetzung dieser diffusen Vorgabe in eine architektonische Formsprache sorgte in Architektenkreisen zunächst für Ratlosigkeit und beherrschte in den Monaten nach der Moskau-Reise und dem Erlass des Aufbaugesetzes, welches den Regierungsbehörden zudem die uneingeschränkte Verfügung über den Grund und Boden in den Aufbaubereichen sicherte, bis in den Spätsommer 1951 sämtliche Diskurse, die über eine umfangreiche Presseberichterstattung auch in der Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Die neue Architektur sollte dem „neuen Menschen“ angemessen sein und dabei sowohl den sozialistischen Inhalt der Gesamtplanung widerspiegeln als auch regionale Bautraditionen berücksichtigen. Der ästhetische Anspruch der SED-Machthaber, insbesondere Walter Ulbrichts selbst, die neue sozialistische Gesellschaftsordnung mit einer exzeptionellen Formsprache buchstäblich zu untermauern, war allerdings ganz auf den Stil der Stalinistischen Architektur Moskaus ausgerichtet, weshalb man ungeduldig auf die ersten vergleichbaren Entwürfe der einheimischen Architekten für die anstehenden Berliner Prestigeprojekte wartete.

Der Architekt Hermann Henselmann³ spielte in diesem Findungsprozess der Jahre 1950 bis 1955 eine entscheidende Rolle, gelang es ihm doch, mit dem sogenannten Hochhaus an der Weberwiese das Musterbauwerk des sozialistischen Klassizismus zu schaffen, das die ungeteilte Zustimmung der Parteifunktionäre erhielt und deshalb zum Vorbild für sämtliche DDR-Aufbaustädte avancierte. Der nahe der Weberwiese gelegene erste Abschnitt der Stalinallee in Friedrichshain war der sinnfällige Ausdruck dieser neuen, an den Klassizismus der Schinkel-Zeit angelehnten Formsprache, die republikweit nachgeahmt wurde und sich beispielsweise auch in der Ost-West-Straße in Magdeburg, der Ringbebauung in Leipzig, und im städtischen Gesamtmaßstab in den ersten Wohnkomplexen der Stadtneugründung Eisenhüttenstadt widerspiegelte. An dieser repräsentativen, aber kostenintensiven Massivbauweise der

2 So definiert der Theoretiker des sozialistischen Realismus Georg Lukács diesen auch als Prozess, dessen „Grundaufgabe die Gestaltung des Entstehens und des Wachstums des neuen Menschen“ sei.

3 *3. Februar 1905 (Roßla, Sachsen-Anhalt), †19. Januar 1995 (Berlin).

„Arbeiterpaläste“ an der Stalinallee, deren Architektur aufgrund der Fassadengestaltung und der sowjetischen Vorbilder umgangssprachlich auch als „Zuckerbäckerstil“ bezeichnet wurde, konnte man seitens der SED solange festhalten, bis eine abermalige, ebenfalls durch die Sowjetunion angestoßene Neuausrichtung ab 1955 ein Umdenken erzwang. Wirtschaftliche Notwendigkeiten erforderten eine ressourcenschonendere Bauweise mit industriell vorgefertigten Elementen („Plattenbauweise“) und diktierten den allmählichen Übergang zum krangerechten Zeilenbau in der Wohnungsbaupolitik der DDR, der mittelfristig den Weg zu einer nachholenden (architektonischen) „Ostmoderne“⁴ ebnete, die sich in den folgenden Jahren konsequent von der Architektur der nationalen Traditionen verabschiedete. Gerade bei der Erstellung von Funktions- und Sonderbauten in den Stadtzentren eröffnete sich für die DDR-Architekten ab den späten 1950er Jahren zunehmend die Möglichkeit, wieder Anschluss an die internationalen Entwicklungen zu finden. Das Ensemble „Haus des Lehrers mit Kongresshalle“ (fertiggestellt 1964) am Alexanderplatz oder das Universitätshochhaus in Leipzig (fertiggestellt 1972) sind Beispiele solchen Bauschaffens, für die ebenfalls Hermann Henselmann verantwortlich zeichnet – derselbe Architekt, der wenige Jahre zuvor mit seinen klassizistischen Bauten noch als Protagonist des Bauens in nationaler Tradition gefeiert worden war. Trotz aller Stilwechsel behielten die 16 Grundsätze aber bis in die 1960er Jahre hinein ihre Gültigkeit, insbesondere wenn es um die Errichtung neuer Industrie- und Wohnstädte ging – stellvertretend seien an dieser Stelle nur Hoyerswerda und Halle-Neustadt genannt –, wobei die Suche nach dem adäquaten Ausdruck einer durch die sozialistische Lebensweise geprägten Gesellschaft im Mittelpunkt des städtebaulichen wie des architektonischen Planungsprozesses stand.

In Unterstellung eines generellen Dilemmas der DDR-Architektur, zwischen politischen Vorgaben und wirtschaftlichen Möglichkeiten planen und bauen zu müssen (in dieser Dichotomie nicht wesentlich anders als im Westen), ist auch kurz nach der Wende in bestimmten Fachmedien zunächst polemisiert worden,⁵ inwiefern es in der DDR überhaupt möglich gewesen sei, gemäß des traditionellen Berufsbildes eines Architekten zu arbeiten (Betker 2005: 12-19). Gegenwärtig kann allerdings von einem regelrechten Boom von Veröffentlichungen gesprochen werden, die Architektur- und Stadtplanungsgeschichte unter sozialistischen Vorzeichen aus verschiedensten Perspektiven thematisieren. Neben einer regen Tagungstätigkeit⁶ sind in den letzten Jahren somit eine Reihe von Arbeiten entstanden, die sich eingehend mit dem eigentümlichen Spannungsverhältnis zwischen staatlichem Dirigismus und planerischem Freiraum beschäftigt und die Rolle der Architekten und ihrer Planungsstäbe im staatssozialistischen Institutionengeflecht untersucht haben (vgl. Durth 1998 und 2007, Barth 2001, Bernhardt 2005 und 2009, Betker 2010). Nach wie vor sind dabei kunst- und architekturgeschichtliche sowie stadtsoziologische Beiträge vorherrschend; für

4 Mittlerweile hat der Begriff der Ostmoderne eine enorme, ursprünglich nicht intendierte Bedeutungsausweitung erfahren. Vgl. dazu den eigentlichen Ansatz von Hartung 2012.

5 In der westdeutschen Architekturzeitschrift *Arch+* erschien 1990 ein Artikel mit dem provokanten Titel „Architektur ohne Architekten“ mit Bezug auf die DDR.

6 Stellvertretend seien hier nur genannt die regelmäßig stattfindenden „Werkstattgespräche zur DDR-Planungsgeschichte“, veranstaltet vom IRS Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner bei Berlin, sowie die Veranstaltungen der Bauhaus-Universität Weimar; zu denen auch die „Hermann-Henselmann-Kolloquien“ gehören.

die Geschichtswissenschaft erfahren aber besonders die Kommunikationsprozesse innerhalb der Entwurfs- und Planungsphasen zunehmende Aufmerksamkeit.

Hier wird der Standpunkt vertreten, dass sich gerade diese sektoralen Diskurse gut für einen analytischen Querschnitt eignen, aus dem heraus dann ein gesamtgesellschaftlicher Befund abgeleitet werden kann. Im Selbstverständnis der Architekten und Stadtplaner ist die Konkurrenz von individuellem ästhetischem Bestreben und den Vorgaben des politisch-ideologischen Diskurses⁷ stets präsent gewesen, insbesondere in dem Bemühen, im Spannungsfeld zwischen persönlichen Entwurfsentscheidungen und staatlichen Steuerungsversuchen Kurs zu halten, sich also autonome Bereiche zu bewahren, wie es in der Person Hermann Henselmanns, des wohl bis heute bekanntesten und umstrittensten Architekten der DDR, besonders anschaulich wird.

In Henselmanns Biographie verdichten sich zudem exemplarisch jene Konfliktlinien, denen sich Männer seiner Alterskohorte, die im Laufe ihres Lebens mit den existenziellen Anforderungen völlig unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Systeme zurechtzukommen mussten, im 20. Jahrhundert ausgesetzt sahen. 1905 geboren, war Henselmann für den Kriegseinsatz im Ersten Weltkrieg noch zu jung. Seine berufliche Sozialisation und seine ersten intensiven Begegnungen mit der Moderne fanden im Berlin der Weimarer Republik an der dortigen Kunstgewerbeschule statt. Ursprünglich gelernter Schreiner, schuf sich Henselmann über sein Studium und die damit verbundenen Kontakte zu diversen Architekturbüros das Fundament für die spätere selbstständige Tätigkeit als Architekt ab Anfang der 1930er Jahre. Als sogenannter „Halbjuden“ musste er diese Unabhängigkeit unter der Herrschaft der Nationalsozialisten schon sehr früh wieder aufgeben und war auf die Vermittlung von Aufträgen durch Freunde und Gönner angewiesen. In den Jahren ab 1939 gelang es ihm, sich und seiner Familie mit Tätigkeiten in den besetzten Ostgebieten, so zunächst im Warthegau in Polen und später bis kurz vor Kriegsende in der Nähe von Prag, zumindest ein Existenzminimum zu erhalten. So wie er sich schon zu Beginn seiner Entwurfstätigkeit der internationalen Architekturmode angeschlossen hatte, nahm Henselmann auch in den Jahren nach 1945 in seiner Funktion als Direktor der Weimarer Hochschule für Baukunst und bildende Künste in diesem Geiste den Neuaufbau der Lehrpläne und des Lehrkörpers in Angriff. Überragende öffentliche Bekanntheit erlangte Henselmann allerdings erst mit seinem Entwurf für das Hochhaus an der Weberwiese und den ebenfalls nach seinen Entwürfen gebauten Torbauten des ersten Abschnitts der Stalinallee: dem Ensemble am Strausberger Platz und den Turmhochhäusern am Frankfurter Tor.

In seiner Zeit als Chefarchitekt von Berlin (1953 bis 1959) avancierte Henselmann zu einem auch im Westen gefragten Repräsentanten der Architekturentwicklung in der DDR, der, wenn er weiter beruflich tätig sein wollte, alle politisch intendierten Richtungswechsel in der Architektur und Stadtplanung zumeist in leitender Position nachzuvollziehen hatte und dem dieses mit unterschiedlichem Erfolg gelang. So wurden seine Entwürfe für das Berliner Zentrum aus dem Jahr 1959, die den Fernsehturm – bei Henselmann als „Turm der Signale“ bezeichnet – zeigten, zunächst abgelehnt, später auf dieser Ideengrundlage dann doch gebaut, was belegt, dass Henselmann es wie kein zweiter Architekt in der DDR verstand, zukünftige Entwicklungen zu antizi-

⁷ So war die Führungsrolle des Politbüros in Fragen der Architektur und des Städtebaus spätestens ab 1950 unbestritten. Vgl. dazu: Durth 1998, 66-70.

pieren und diese vor dem „gesellschaftlichen Auftraggeber“⁸ zu verteidigen. Die damit notwendig verbundene Fähigkeit zur (schöpferischen) Selbstkritik musste unter den Bedingungen des sozialistischen Systems zwangsläufig auch opportunistische Züge annehmen, behielten doch seine grundsätzliche ideologische Übereinstimmung mit dem Staat, sein Bekenntnis zum Sozialismus und sein Bestreben, den bis dato historisch einmaligen Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden mitzugestalten, stets die Oberhand gegenüber der zumindest denkbaren Alternative, in den Westen zu gehen und dort zu arbeiten – wie es andere taten.

Gerade die Diskurse der Richtungskämpfe der frühen 1950er Jahre machen deutlich, dass Urteile, die aus rein normativer Perspektive an die politische Biographie Henselmanns herangetragen werden, genauso unbefriedigend bleiben müssen, wie die Verwendung von Schwarz-Weiß-Kategorien bei einer Analyse der inneren Bindekräfte der DDR-Gesellschaft. Noch im Redeentwurf zur Feier seines 90. Geburtstages, den Henselmann einen Tag vor seinem Tod, am 18. Januar 1995, fertigstellte, erinnert er sich an seine Berliner Zeit in den 1950er und 60er-Jahren folgendermaßen:

Kein Architekt von einigem Rang konnte diese Spaltung akzeptieren, zum Beispiel durch das Gegeneinanderbauen von Teilen einer Stadt wie Berlin mit seiner ca. neunhundertjährigen Geschichte. So ergaben sich vertrauliche-intime Gemeinschaften innerhalb der Erfüllung unserer Pflichten Auftraggebern und gleichzeitig unserer architektonisch-städtebaulichen Verantwortung gegenüber. Das erforderte manchen schwierigen Spagat und gleichzeitig das Haken-schlagen vor dem Gefressenwerden (Henselmann 1995).

Inwiefern die hier reflektierte Spannung letztlich systemtypisch gewesen ist, lässt sich beurteilen, wenn man die Aushandlungs- und Gestaltungsprozesse des gesellschaftlichen Sektors Architektur und Stadtplanung im staatssozialistischen System der DDR *pars pro toto* als Folie für die damals virulenten Herrschaftsmechanismen heranzieht. Gerade in der Politisierung der Architektur in ihrer herausragenden Rolle im ideologischen Konzept der Staats- und Gesellschaftsrepräsentation dürften Chancen und Risiken eng beieinander gelegen haben, so dass Zeithistoriker nun die normative Gratwanderung meistern müssen, in der Rekonstruktion der kommunikativen Strukturen zu einem differenzierteren Bild des ostdeutschen Teilstaates zu kommen.

Umstritten ist dabei nach wie vor, wie die Wechselwirkungen zwischen Individuum und sozialistischem Staat verstanden und beschrieben werden können. Die postulierte Andersartigkeit staatssozialistischer Systeme und die damit einhergehende Forderung nach neuen Ansätzen der Zeitgeschichtsforschung manifestiert sich sowohl in der zunehmenden Differenzierung der Untersuchungsfelder als auch in dem Bestreben, zu einem tragfähigen Verständnis von sozialistischer Staatlichkeit und der sie charakterisierenden politischen (Kommunikations-)Prozesse zu kommen. Dabei werden „die propagandistischen Inszenierungen sozialistischer Herrschaft als symboli-

8 Der neue „gesellschaftliche Auftraggeber“ der Architekten im Staatssozialismus war für Hermann Henselmann zunächst ein Synonym für „das Volk der DDR“ – in bewusster Absetzung vom früheren kapitalistischen, privaten Auftraggeber. Bis allerdings dieser Auftraggeber in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, mithin in dem zu erwartenden kommunistischen Endzustand, dereinst reif wäre, sich selbst in Entwurfsprozesse kompetent einzubringen, übernahmen dessen „Repräsentanten“ in Gestalt der SED-Führung diese Rolle.

sche Konstitution einer neuen Ordnung“ (Puttkamer 2009: 2) aufgefasst, und es wird danach gefragt, wie diese staatlichen Selbstzuschreibungen rezipiert wurden.

Ganz in diesem Sinne widmet sich eine an kulturgeschichtlichen Methoden orientierte DDR-Forschung den bis dato eher marginal thematisierten Diskurs- und Erfahrungsräumen in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, in denen sich Formen des „Eigensinns“ (Lindenberger 1999) auch unter den Bedingungen einer oktroyierten Diktatur entfalten und Menschen ihr „ganz normales Leben“ (Fulbrook 2011)⁹ führen konnten. So eröffnen sich abseits der auch politisch intendierten DDR-Forschung¹⁰ neue Perspektiven auf Kommunikationsprozesse. Das Resultat sind vertiefte Einsichten in die „rätselhaft stabilen“ (Port 2010) binnengesellschaftliche Strukturen, die sich gerade nicht auf die Dichotomie zwischen Opportunismus und Opposition als alternative Verhaltensoptionen (mit den entsprechenden normativen Zuschreibungen) im staatssozialistischen System der DDR begrenzen lassen (vgl. Pouturus 2002, Schuhmann 2008, Görlich 2012). Ein großer Teil der Bevölkerung der DDR hat sich de facto nämlich in anderer Weise mit dem Staat arrangiert, als es sich im Modus einer vergrößernden Schwarz-Weiß-Malerei erfassen lässt. Das macht die zeitgeschichtliche Analyse nicht einfacher, aber

[w]as bleibt, ist die Lösung eines Problems. Die Dichotomien, die wissenschaftlich unfruchtbar geworden sind, lassen sich auflösen. Man muß nicht mehr für das eine und gegen das andere plädieren, sondern kann sich auf die Analyse ihres Zusammenhanges dort beschränken, wo er reell existiert: in den Erscheinungen der Lebenswelt, die in einer zivilisations- oder kulturgeschichtlichen Analyse erschlossen werden können (Schlögel 2008: 136).

Mit den Architektur- und Stadtplanungsdebatten innerhalb der sozialistischen Gesellschaftsordnung der SBZ/DDR lassen sich Diskursverläufe beschreiben, in denen zwischen den beteiligten Personen und Institutionen tatsächlich kommunikative Auseinandersetzungen stattgefunden haben, die sich nicht nur durch „die Widerstände gegen den verordneten Diskurs“ ausgezeichnet haben, sondern die es als Analysekategorie ermöglichen „die Differenzen und Gegensätze in [den Diskursen] zum Gegenstand der Analyse [zu] mach[en]“ (Sabrow 2000: 32). Es handelt sich dabei um Kommunikationsräume, die sowohl unter den Vorzeichen staatssozialistischer Politikvorgaben entstehen konnten, als auch von diesen selbst, mehr oder weniger intendiert, tatsächlich hervorgebracht wurden. Die Ambivalenz solcher Strukturen zeigt sich zudem darin, dass insbesondere diejenigen Verfahren, die, oberflächlich betrachtet, als strikte *top down*-Implementationen aufgefasst werden könnten, keineswegs als solche durchgesetzt werden konnten, sondern allen in diese Prozesse Involvierten gewisse Freiräume des Sprechens und Handelns gewährten. Der eigenartige Zwang zum „Konsens“ (vgl. Sabrow 1999), dem sozialistische Systeme schon aufgrund ihrer Konstruktionslogik unterlagen und dem von staatlicher Seite durch eine nach außen gerichtete Erschließung von Legitimationsressourcen (beispielsweise als Formen inszenierter Öffent-

9 Auch schon früher in sozialgeschichtlicher Perspektive Mühlberg 2000, Kaelble 1994.

10 Bekanntestes Großprojekt dieses Ansatzes sind sicherlich die gelegentlich auch als „Materialschlacht“ kritisierten Enquete-Kommissionen der Bundesregierung mit ihren äußerst umfangreichen Dokumentationen: Deutscher Bundestag 1995, Deutscher Bundestag 1999. Einen knappen Überblick über die inhaltliche Ausrichtung gibt Eppelmann 2003.

lichkeit) beizukommen versucht wurde, hat dabei oft jene Freiräume hervorgebracht, in denen sich die dedizierten Adressaten des Politikprozesses auch als selbst gestaltende Akteure beteiligen konnten.

Die Dominanz vertikaler Strukturen schließt ja keineswegs aus, dass sich auf anderen Ebenen Kommunikationsräume öffneten, die autark vom hierarchisch organisierten Herrschaftsdiskurs ein Eigenleben mit lokal und personell begrenztem Kreis führen konnten, dabei aber gleichwohl für die Lebenswelt der Teilnehmer, für deren berufliche und gesellschaftliche Biographie, prägend waren und die systemstabilisierend schlicht dadurch wirken konnten, dass in ihnen potentielle Gegenkräfte (durch die Möglichkeit eigene Verwirklichung zu erfahren) zumindest soweit „neutralisiert“ werden konnten, dass Sie nicht absichtsvoll auf die Überwindung des Systems hinarbeiteten. Überhaupt: Wie konnten sich diese Diskurse letztlich ordnen, ohne durch ausschließlich propagandistisch verbrämten Zwang die geistige und sprachliche Opposition der Beteiligten von vornherein zu provozieren, sondern vielmehr Denk-, Wahrnehmungs- und Sprechweisen auszulösen, die durch Präsenz und Dauer allmählich in das Bewusstsein einsickerten und somit eher subtil, aber mit der Zeit legitimierend, ihre Wirkung entfalten konnten?

Wie sich solche Verhaltensmuster im historischen Kontext ausgebildet haben, soll nachfolgend am Beispiel Hermann Henselmanns anhand ausgewählter Diskursverläufe beschrieben werden, die zeitlich im Nachlauf der Moskau-Reise des Jahres 1950 zu verorten sind.

2. Von der Reise nach Moskau zum Hochhaus an der Weberwiese

Es begann aber damit, daß die junge Klasse zunächst ihren Sieg mit den Stilmitteln der Besiegten feierte, dann sich die Produktionsmethoden des hoch industrialisierten Kapitalismus anzueignen begann (das ist die jetzige Periode), um schließlich nun erst die Gesamtstadt, das Aufeinanderwirken der verschiedenen Gebäudekategorien, die milieuschaffenden räumlichen Zusammenhänge unter neuen Gesichtspunkten zu begreifen (Hermann Henselmann am 1. März 1966 in einem Brief an die Schriftstellerin Brigitte Reimann, abgedruckt in: Kirsche-Feix 2001: 58 f.).

Dieses Resümee Hermann Henselmanns ist gleich in mehrfacher Hinsicht für die oben vorgelegten Fragen aufschlussreich. Zunächst wird auch in diesen nichtöffentlichen Äußerungen Henselmanns, bezogen auf das architektonische Schaffen der ersten zwei Nachkriegsjahrzehnte, die latente Ambivalenz einer Sprache deutlich, die sich unter den Auspizien autoritärer Meinungsführerschaft der SED und ihrer sozialistischen Ideologie geformt hat. Dass es sich bei der von Henselmann beschriebenen Entwicklung allerdings um einen diskursiv und keineswegs geradlinig verlaufenen Prozess handelte, wird deutlich, wenn man die von ihm verwendeten Metaphern auf ihre historischen Diktionen bezieht. Positiv gesprochen, hatte sich demnach, ausgehend von der Phase des Bauens in nationaler Tradition (mit den „Stilmitteln der Besiegten“!) über die Aneignung industrialisierter Methoden ab 1955 ein etappenweiser Erkenntnisgewinn vollzogen, dessen Höhepunkt im Begreifen der Gesamtstadt zum Zeitpunkt der Betrachtung, also Mitte der 1960er Jahre aber noch ausstand. Negativ gewendet, waren die Reibungsverluste dieser prozesshaften und von Brüchen gekenn-

zeichneten Genese zu dem von Henselmann skizzierten Idealzustand allerdings enorm. Vollends kryptisch und damit zugleich typisch für den Hintersinn doppelbödi-ger Kommunikation in sozialistischen Systemen wird die Äußerung Henselmanns, wenn die latenten, aber unausgesprochenen Informationen mitgelesen werden. Denn es war ja keineswegs so, dass es ab 1945 in der Architektur der SBZ mit den „Stilmitteln der Besiegten“ begann, sondern die in der Nachkriegszeit institutionell eingebundene Riege der Architekten orientierte sich bis etwa 1950 zunächst ganz selbstverständlich an der damals allgemein gültigen (Stil-)Moderne (vgl. Butter 2006) des Bauhauses (vgl. Winkler 2005, Hofer 2012) und des funktionalen Bauens (vgl. Korker 2012), wie es zumindest in der westlichen Hemisphäre seit der Charta von Athen (dokumentiert in Hilpert 2000), die 1933 unter der maßgeblichen Leitung von Le Corbusier verabschiedet worden war, als stilbildend und -bindend galt (dazu ausführlich Schätzke 1991).

Henselmann selbst war in der Nachkriegszeit als Direktor der Hochschule für Baukunst und bildende Künste in Weimar zunächst bestrebt, ein neues Bauhaus zu etablieren und dafür möglichst viele „Bauhäusler“ als Protagonisten einer internationalen Moderne für den Lehrkörper zu gewinnen (Winkler 2005, passim). An diesen hoffnungsvollen, programmatischen Beginn, an den, so Henselmann im oben zitierten Briefwechsel, ja erst mühsam wieder angeknüpft werden müsse, mag er mit aufrichtigem künstlerischem Bedauern zurückgedacht haben, wenn er davon spricht, dass ein Verständnis für die Gesamtstadt und deren Milieus erst wieder entstehen müsse. Dabei war gerade die organische Auffassung der Stadt und ihrer soziokulturellen Beziehungen ein Wesensmerkmal der architektonischen Moderne, welche eigentlich seit Kriegsende konsequent mit dem ganzen Schwung des gesellschaftlichen Neuanfangs umgesetzt werden sollte.

Als Vertreter dieser Richtung galt auch der zeitweilige Weggefährte Henselmanns in den Jahren 1949/50 am Institut für Bauwesen in Ostberlin – der dann später in den Westteil der Stadt gewechselte Hans Scharoun¹¹. Scharoun, zwölf Jahre älter als Henselmann, war schon in den 1920er-Jahren als Professor an der Breslauer Akademie für Kunst und Kunstgewerbe tätig und an Avantgardeprojekten wie Stuttgart Weißenhof beteiligt gewesen. Nach eigenem Bekunden während des Nationalsozialismus in „innerer Emigration“, wurde Scharoun direkt nach Kriegsende von den Sowjets als Stadtbaurat im Berliner Magistrat installiert und verfolgte dort zunächst konsequent die Ideen des Bauhauses und der Charta von Athen, wofür sein radikaler „Kollektivplan“ steht, der eine völlige Neugestaltung der Stadt durch dominante Verkehrsachsen und aufgelockerte Wohnzellen vorsah und der in der Ausstellung „Berlin plant – erster Bericht“ im Jahr 1946 vorgestellt wurde. Auch wenn dieser Plan letztlich nicht zur Ausführung kam, wurde deutlich: Scharoun fühlte sich einer organisch geprägten Moderne verpflichtet, wie sie sich in den durchgrünten Stadtlandschaften in seinen Entwürfen zur Wohnzelle Friedrichshain widerspiegelte. Die fünfstöckigen Laubenganghäuser, die dann tatsächlich noch als erste Neubauten an der Stalinallee entstanden (Durth 1998, Bd. 2: 90 ff.) blieben als Realisierung des Scharoun'schen Architekturverständnisses im Osten Berlins aber Episode. Im *Neuen Deutschland* vom 29. Juli 1951 schon vernichtend kritisiert als Bauten „[a]us kalter Asche und Spucke“, fern jeder „nationale[n] Herkunft“, die durch die Beliebigkeit der Form

11 *20. September 1893 (Bremen), †25. November 1972 (Berlin).

geradezu „ausgelöscht“ sei, vermochten diese dem Anspruch der SED-Führung an eine repräsentative Architektur, auch wenn es sich hier um Wohnbebauung handelte, in keiner Weise zu genügen (Herrnstadt 1951: 173, 3). Offenbar war in den Monaten, die seit dem Erlass des Aufbaugesetzes im September 1950 und der Implementierung der aus Moskau importierten 16 Grundsätze im Planungsdiskurs vergangen waren, die geforderte architektonische Orientierung am Vorbild Sowjetunion immer noch nicht zufriedenstellend gelungen. Dieses Unbehagen machte sich nun auch über die deutliche Verschärfung des Tons in den von der Regierung der DDR beherrschten Presseorganen, wie *Neues Deutschland* oder *Berliner Zeitung* bemerkbar. Der „Formalismus“ (Hartung 2012, 27) wurde zum Schimpfwort degradiert und als westlich-kapitalistischer Stil gebrandmarkt.¹² Anders als Henselmann zog Hans Scharoun aus der sich abzeichnenden Bevormundung der Architekten und Planer die Konsequenz, die DDR schließlich zu verlassen und sich nicht wie jener auf das existenzielle Wechselspiel mit den Mächtigen einzulassen, welches bei einem Verbleib im sozialistischen Osten unabwendbar gewesen wäre. Inwiefern dieses Verhalten als aufrichtiger gegenüber dem eigenen Berufsethos gewertet werden kann, soll hier nicht diskutiert werden – es zeigt allerdings eine mögliche Handlungsoption auf, einen Weg, den Henselmann, obwohl von den gleichen gestalterischen Überzeugungen wie Scharoun herkommend, ganz bewusst nicht gegangen ist.

Insofern ist gerade Henselmanns Verhalten in den nächsten Monaten und Jahren besonders aufschlussreich für die Art und Weise, wie es möglich war, sich mit den ihm eigentlich widerstrebenden Vorgaben nicht nur zu arrangieren, sondern sich sogar unter Ausnutzung aller möglichen Freiräume als Protagonist an deren Spitze zu stellen. An der für diesen radikalen Richtungswechsel maßgeblich verantwortlichen Moskau-Reise hatte Hermann Henselmann selbst gar nicht teilgenommen¹³; umso erstaunlicher, dass er sich in den anschließenden Diskussionen im Aufbauministerium unter Leitung von Minister Lothar Bolz¹⁴ rhetorisch auf der Höhe präsentierte und eine schnelle Abkehr von früheren Positionen vollzog. In Bezug auf die Handlungsspielräume die er sich unter diesen neuen Vorzeichen selbst noch zugestehen wollte, äußerte er beispielsweise in der Besprechung vom 2. Juni 1950:

Wer in unserer Republik Städte bauen will, muß sich ganz bestimmte Vorstellungen, die der [Politik] zugrunde liegen, einprägen. Da gibt es keinen Kompromiß (Mahnken 2005: 150).

Damit war die zukünftige Richtung Henselmanns für jedermann scheinbar unmissverständlich dargelegt worden. Dass es sich hierbei aber wohl mehr um den Versuch

12 Zur Formalismusdebatte merkt Ulrich Hartung an, dass es sich dabei tatsächlich um den Kampf gegen ein reales Bau- und Planungskonzept gehandelt habe.

13 Mutmaßlich war Henselmann der SED zum damaligen Zeitpunkt als politisch unzuverlässig erschienen. Henselmann haftete trotz seiner Parteimitgliedschaft seit jeher der Ruf eines Bohemiens an, der zudem einen unsteten Lebenswandel führen würde.

14 *3. September 1903 (Gleiwitz, Oberschlesien), †29. Dezember 1986 (Berlin). Bolz war zum damaligen Zeitpunkt auch Vorsitzender der NDPD und Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der DDR. Er gilt neben Kurt Liebke, dem in Moskau promovierten späteren Präsidenten der Deutschen Bauakademie und Jugendfreund aus Gleiwitzer Tagen, als eigentlicher Initiator der Moskau-Reise und einflussreicher Verfechter der kompromisslosen Umsetzung der „16 Grundsätze des Städtebaus“.

einer persönlichen, existenziellen Absicherung in Form einer eindeutigen Loyalitätsbekundung als um eine bereits endgültige inhaltliche und ästhetische Festlegung in Bezug auf seine Entwurfsarbeit am Reißbrett handelte, legen die Überarbeitungsvorschläge der 16 Grundsätze nahe, die wenige Tage danach bei Aufbauminister Bolz eingingen. Noch im Schulterchluss mit Hans Scharoun hatte Henselmann vor allen Dingen stilistische Änderungen an den „Grundsätzen“ vorgenommen und eine andere Reihenfolge vorgeschlagen. Sogar einen „allzu diktatorischen“ Wortlaut versuchte man zu verhindern, etwa in Bezug auf die „Bestimmung und Bestätigung der städtebildenden Faktoren“, von denen im dritten Grundsatz, in Absatz 3, die Rede ist und die man zukünftig lieber nicht als „ausschließliche Angelegenheit der Regierung“ verstanden wissen wollte. Henselmann, dem dies zu deterministisch vorkam, schlug dagegen vor, diese Stelle zu Gunsten der Mitsprache der „Parlamente und [...] großen Organisationen“ umzuformulieren (Mahnken 2005: 179). Geradezu erwartungsgemäß wurden dann aber sämtliche Änderungsvorschläge – zuerst solche die direkt die beabsichtigte Zementierung der Weisungshierarchien seitens der SED im Planungs- und Entwurfsbetrieb in Frage stellten, aber auch harmlosere, rein sachliche Umformulierungen – nicht übernommen. Letztlich wurde somit die „Reise-Fassung“ (Mahnken 2005: 108 ff.) der Grundsätze fast unverändert in das Aufbaugesetz übernommen (Mahnken 2005: 187).

Mit der Einmischung in politische Belange wurden die Grenzen des Diskurses in diesem Fall also eindeutig überschritten. Die Tatsache aber, dass Henselmann trotz der öffentlich bekundeten Linientreue einen Versuch in dieser Richtung unternommen hatte, zeigt, dass sich die Teilnehmer an diesen Besprechungen zumindest eine gewisse Zeit lang als gleichberechtigte Diskutanten gefühlt haben müssen.

In der historischen Retrospektive liegt freilich auf der Hand, dass diese Debatten Scheindebatten waren, die „dazu genutzt [wurden], das Dogma zu propagieren, Schwankende zu manipulieren und Gegner zu demaskieren“. Wesentlich aufschlussreicher in Bezug auf die Wirksamkeit solcher Manipulationen dürfte aber die Frage sein, ob es möglich war, dass „[d]en meisten Teilnehmern [...] tatsächlich ein Leben lang verborgen [blieb], daß es sich hierbei lediglich um demagogische Scheindebatten handelte“. Nach dieser Interpretation entstand in diesen Beratungen die „Legende“, die völlig unveränderte Fassung der Grundsätze sei trotz allem als „Produkt kollektiver Weisheit“ anzusehen (Mahnken 2005: 139).

Diese These mag zunächst abwegig erscheinen, aber erinnern wir uns: Genau hier versagt der „interpretatorische Zugriff, der sich an der universalen Gültigkeit liberaler Denktraditionen orientiert“ (Sabrow 2000: 11). Vielmehr wird man mit Blick auf neuere Forschungsbefunde,¹⁵ nach denen die Illusion, an einem partizipatorischen Prozess teilgenommen zu haben, in sozialistischen Systemen ausgereicht habe, um systemerhaltend zu wirken, eine Bestätigung dieser Prämissen im Umfeld der Moskauer-Reise finden. Allein die mühsame ideologische Implementation der Reiseergebnisse, vor der schon die russischen Gesprächspartner „gewarnt“ hatten, als auch die dann architektonisch erst schrittweise vollzogene Annäherung an den geforderten neuen Stil machen deutlich, dass hier schwerlich von einem geradlinigen Vollzug von

15 Vgl. dazu die Ergebnisse aus: Teilprojekt B 11 des Sonderforschungsbereichs „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“ (SFB 584) an der Universität Bielefeld, das sich insbesondere mit der Praxis der Bittschreiteingaben im sowjetischen Staatssozialismus befasst hat.

Anordnungen die Rede sein kann – auch wenn die folgenden Weichenstellungen zu einer weiteren Zentralisierung der Entwurfs- und Planungsinstanzen, insbesondere mit der Neugründung der Deutschen Bauakademie Ende des Jahres 1951, führten.

Deren Protagonisten – unter ihnen Hermann Henselmann – beschworen bereits auf ihrer Gründungsfeier unmissverständlich die kritische Aneignung und Weiterentwicklung der Architektur des Berliner Klassizismus der Schinkel-Zeit als zukünftige Aufgabe. Zudem bekam die angestrebte Neuorientierung des fachlichen Diskurses auf das sowjetische Beispiel mit der internen Organisation der Bauakademie und ihrer ebenfalls am sowjetischen Vorbild ausgerichteten Meisterwerkstätten den nötigen institutionellen Unterbau. In der Folge dieser Entscheidungen wurden kompromisslose Vertreter der Moderne wie Hans Scharoun endgültig kaltgestellt, spätestens als dessen Institut für Bauwesen an der Akademie der Wissenschaften in Berlin (Ost) Anfang des Jahres 1951 zwangsweise mit dem Institut für Städtebau und Hochbau im Aufbauministerium zusammengelegt wurde. Andere, die frühzeitig zum Umdenken bereit waren wie Hermann Henselmann, rückten in entsprechende Positionen auf. Nach seiner Weimarer Zeit war Henselmann bereits für kurze Zeit am Institut für Bauwesen der Deutschen Akademie der Wissenschaften tätig gewesen. Im Gegensatz zu Scharoun „überlebte“ er aber die Abwicklung dieser Institution durch den Wechsel an die 1951 geschaffene Deutsche Bauakademie, an der er eine der Meisterwerkstätten leitete. Diese erlangten im Zuge der Stalinallee-Bebauung eine für die folgenden Jahre kaum zu überschätzende stilistische Vorbildfunktion für die gesamte Aufbauplanung der DDR.

In den Monaten nach der Moskau-Reise, auch noch zur Zeit der Gründung der Bauakademie war aber zumindest die ästhetische Ordnung der Begriffe noch derart in Bewegung, dass man sich zwar fortan bemühte, aus den 16 Grundsätzen verbindliche architektonische und städtebauliche Vorgaben abzuleiten, zunächst aber daran scheiterte, Lösungen zu finden, die sowohl national in der Form als auch demokratisch im Inhalt waren.¹⁶ Aufgrund ihrer Symbolfunktion überschnitten sich die Debatten um Architektur und Städtebau gerade in dieser Zeit staatlicher Identitätssuche direkt mit dem politisch-ideologisch geführten Herrschaftsdiskurs. An den Fachdiskussionen im Rang von „Interdiskursen“ wird deutlich, wie diese unter kontinuierlichen Veränderungen auf die Teilnehmer selbst zurückwirkten, Handlungskalküle und Kommunikationsrituale innerhalb der zur Verfügung stehenden Medien veränderten und über die sprachliche Ebene deren Verhalten präfigurierten (zum Diskursbegriff vgl. Sabrow 2000: 18, Fußnote 18). Bis mit Henselmanns Entwurf des Hochhauses an der Weberwiese endlich eine für den neuen Stil vorbildhafte Formensprache gefunden worden war, fransten die Fachdiskussionen an den Schnittstellen zum politischen Meta-Diskurs immer wieder bedrohlich aus, so dass mehr als einmal der Einsatz einer öffentlichkeitswirksamen „Therapie“ (vgl. Sabrow 2000: 29, Fußnote 49) angewendet wurde.

Eine solche Therapie im Sinne des hier verfolgten Diskursbegriffs stellte beispielsweise die über das staatsoffizielle Medium *Neues Deutschland* ausgetragene Zurechtweisung Hermann Henselmanns vom 29. Juli 1951 dar, die somit an selber

¹⁶ Als 1952 auf der zweiten Parteikonferenz der SED der Aufbau des Sozialismus für verbindlich erklärt wurde, änderte sich der Wortlaut in: „sozialistisch im Inhalt“, was die zukünftige Definition nicht gerade erleichtern sollte.

Stelle erfolgte wie die weiter oben beschriebene, vernichtende Kritik an den Laubenganghäusern Scharouns (Herrnstadt 1951: 173, 3). Diese diskursiven Inszenierungen von Rede und Gegenrede in öffentlichen Medien sind ebenfalls ein markantes Beispiel für die exakt geplante Dramaturgie sozialistischer Bußrituale in der frühen DDR. Grundsätzlich ist der dargestellte Vorgang ein Musterbeispiel für die aus dem Sowjetsystem stammende „Kritik und Selbstkritik“, welche in diesem Fall auf die „Fehler eines Funktionärs in seiner besonderen Verwaltungs- oder Berufstätigkeit“ gerichtet waren (Hollander 1969). Diese Inszenierungen konnten tatsächlich so weit gehen, dass auch scheinbar unbefangene Kritik (beispielsweise in der Form eines Leserbriefes) an einer Position der SED lediglich vorgespiegelt wurde, nur um dem damit von der Parteilinie abgewichenen Beiträger in der übernächsten Ausgabe die Gelegenheit zu geben, seinen Irrtum reumütig zu bekennen, also die öffentliche Selbstkritik zu vollziehen, selbstverständlich nachdem er in der vorherigen Ausgabe durch die offizielle Antwort entsprechend belehrt worden war (Durth 1998, Bd. 1: 263). Da solche Verfahren zwangsläufig mit dem vollständigen Einlenken auf die Parteilinie endeten, stand auch Henselmann in dieser Auseinandersetzung von vornherein auf verlorenem Posten. Freilich war sein eigentliches „Vergehen“ die intern geäußerte Kritik an der monumentalen Architektur des Neubaus der Sowjetbotschaft Unter den Linden. Diese Kritik Henselmanns war allerdings gerade zum damaligen Zeitpunkt ein Musterbeispiel für einen diskursiven Antagonismus, also das Unsagbare innerhalb einer diskursiven Ordnung schlechthin. Die ihm daraufhin nahegelegte „Bescheidenheit“ und die Aufforderung, „Werke von solcher Schönheit und Kraft hervor[zubringen], daß sie den Kritikern den Atem verschlagen“ (Herrnstadt 1951: 173, 3), waren dann in der Tat existenzielle Fingerzeige, die Henselmann auch als solche deutete. Bereits wenige Tage später, am 3. August 1951, wurden an gleicher Stelle Entwürfe veröffentlicht, die das Hochhaus an der Weberwiese, nachmalige Stilikone des Bauens in nationaler Tradition, schon in seiner später realisierten Form zeigten (Baubeginn am 1. September). Damit war Henselmanns Selbstkritik glaubhaft vollzogen. Hermann Henselmanns Gestaltungswille war offenbar größer als seine künstlerischen Skrupel, für die nächsten Jahre einem historistischen Klassizismus zu huldigen. Wenn man bedenkt, dass es in allen diesen Auseinandersetzungen immer auch um seine berufliche Existenz ging, wird dieses Verhalten in der historischen Retrospektive zumindest erklärbar. Auch hier taugen rein westliche Maßstäbe wenig, um die individuellen Überlebensstrategien unter sozialistischen Bedingungen angemessen zu erfassen. Die weiter oben angesprochene „Andersartigkeit einer anderen Vergangenheitskultur“ wird hier besonders deutlich.

Schließlich beschränkte sich die dargelegte Doppelbödigkeit von Diskursen im Bereich von Architektur und Städtebau aber keineswegs auf sprachliche Metapherndeutung. Es kommt eine weitere auslegungsbedürftige Ebene dazu, nämlich die der Bauwerke selbst einschließlich der nicht ausgeführten Entwürfe (Hartung 2012: 26). Die architektonischen Ausdrucksmöglichkeiten des symbolischen Formenkanons wurden nämlich von Hermann Henselmann äußerst geschickt genutzt. So gelang dem listigen Henselmann mit der Umsetzung des Dachgartens auf dem Hochhaus an der Weberwiese ein stiller Triumph in Anlehnung an moderne Konzepte Le Corbusiers. Selbst ein scheinbar so eindeutig zu klassifizierendes Bauwerk wie das Hochhaus an der Weberwiese war also keineswegs frei von ambivalenten Bezügen – unabhängig

davon, was Henselmann im Umfeld der Entstehungsprozesse offiziell und inoffiziell dazu gesagt hatte.

Elmar Kossel hat überzeugend herausgearbeitet, dass sich beim Hochhaus an der Weberwiese viel eher als zu Schinkels „Feilnerhaus“¹⁷ (eine von Henselmann damals selbst hergestellte Referenz) Parallelen zu Entwürfen aus der NS-Zeit¹⁸ finden lassen (Kossel 2013: 103). „Der fehlende theoretische Überbau der Moderne [...] hatte zur Folge, dass die beabsichtigte Bedeutung eines Bauwerkes auch immer ganz entschieden über Publikationen vermittelt werden musste“ (Kossel 2013: 179). Für einen gewieften Taktiker wie Henselmann eröffneten diese fehlenden Verbindlichkeiten ein vorzügliches Experimentierfeld, auf dem er bewusst falsche Spuren legen konnte, denen die politischen Entscheidungsträger mehr als einmal auf den Leim gegangen sein dürften.¹⁹ So weist nämlich schon das Feilnerhaus formal „weit über einen für die ‚nationalen Traditionen‘ rezipierbaren Klassizismus hinaus“ (Kossel 2013: 104). Henselmann als Schöpfer dieser steingewordenen Metapher konnte sich also auf dieser gestalterischen Ebene in gewissen Grenzen und in subtiler Art und Weise dem staatlichen Diktatbemühen entziehen.²⁰

3. Fazit und Ausblick

Hilfreich für diese individuelle Fähigkeit, politische Verbindlichkeiten hinzunehmen und diese – zumindest im eigenen Selbstverständnis – doch zu unterlaufen, war sicherlich Henselmanns unprätentiöser (geradezu postmoderner) Umgang mit der eigenen Formensprache, deren Ausdrucksformen er stets als stilistisch vergängliche Lösungen, als „Vergangenheit einer zukünftigen Gegenwart“ (Gumbrecht 1997: 96) denken konnte.²¹ Wie eindeutig diese Sichtweise dann vom weiteren Verlauf der Architektur- und Stadtplanungsdebatten bestätigt worden ist, zeigt die abermalige Wende im Bauwesen ab 1955, in deren Verlauf Henselmann wieder ganz selbstverständlich an die Konzepte einer internationalen Moderne anknüpfen konnte, nachdem der zwischenzeitliche Versuch, mittels historistischer Anleihen progressiv zu wirken, höchst offiziell ad acta gelegt worden war. Immerhin will Henselmann schon vorher gewusst haben, „[w]enn wir am Alexanderplatz angekommen sind, werden wir modern bauen können“ (Lampugnani 1995: 56).

17 Das nach Entwürfen von Karl Friedrich Schinkel 1829/30 für den Ofenfabrikanten Tobias Feilner in Berlin im Stil des Klassizismus gebaute Wohnhaus wurde nach starker Kriegszerstörung im Zweiten Weltkrieg in den 1960er Jahren endgültig abgerissen. Für Henselmann ergab sich mit der von ihm proklamierten Vorbildfunktion dieses Schinkel-Baus für sein Hochhaus an der Weberwiese der hilfreiche Nebeneffekt, schon in der Entwurfsphase nachweisen zu können, den offiziell gewünschten Traditionen nachzueifern. Es ist davon auszugehen, dass Hermann Henselmann sehr genau wusste, was er seinem „gesellschaftlichen Auftraggeber“ – insbesondere dessen Repräsentanten – an Informationen zumuten konnte und was nicht.

18 Vor allen Dingen zu Hermann Gieslers Entwurf zur „Hohen Schule der NSDAP“ aus dem Jahr 1938.

19 Ähnliches findet sich in der Malerei der DDR. Vgl. dazu Schlegelmilch 2015.

20 So wie die Berliner nach der Fertigstellung der Stalinallee lieber die Schönhauser Allee aufsuchten und damit dem verordneten (sozialistischen) Gemeinschaftsgefühl vor klassizistischer Kulisse eine empfindliche Absage erteilten. Ausführlich dazu Schlegelmilch 2015.

21 Henselmann hat sich verschiedentlich in dieser Richtung geäußert, so auch in Scholz 1985. Hier spricht er von einer ständigen „Abschiedsbereitschaft“, die innerhalb revolutionärer Prozesse notwendig sei.

Die Auseinandersetzung mit dem Staat war also, beispielhaft für dessen repräsentative Architekten und Städtebauer, in hohem Maße vom widersprüchlichen Ringen um Begriffe und Inhalte geprägt, vergleichbar den verschlungenen Pfaden der politischen Semantik in anderen ideologiesensiblen Bereichen des DDR-Sozialismus, ohne, dass damit die Verläufe solcher Diskurse langfristig determiniert werden konnten.²² Solche ständigen Bedeutungsverschiebungen finden sich zwangsläufig – trotz immer wieder öffentlich bekundeter Prinzipientreue zur Parteilinie – auch in Henselmanns reichlicher, schriftlicher Hinterlassenschaft. So lässt sich nachzeichnen, wie ihm der anfangs schillernde Begriff des neuen gesellschaftlichen Auftraggebers, für den es zunächst eine „Architektur des Volkes zu schaffen“ (Henselmann 1951: 80) gelte, Ende der 1960er Jahre zunehmend Kopfschmerzen bereitete:

Meine spezielle Hoffnung auf einen neuen Auftraggeber, eben die Arbeiterklasse, ist zwar nicht enttäuscht (ich weiß, daß, historisch gesehen, diese Ablösung entscheidend sein wird für die Architektur), aber durch den langen Zeitraum, den dieser Wechsel beansprucht, bis dieser Auftraggeber perfekt ist, wird mein Leben wahrscheinlich verbraucht sein (Kirschev-Feix 2001: 58).

In einem Brief aus dem Jahr 1991 ist die endgültige Resignation in der persönlichen Retrospektive nicht zu übersehen, wenn Henselmann, gedanklich direkt anknüpfend an die oben zitierte Passage, resümiert:

Ich hatte auch die Vorstellung, durch die Kraft meiner Arbeit meinen Auftraggeber umzuprägen. [...] Doch indessen war die Utopie des Sozialismus bereits zerstört durch die mechanistische und dumme Handhabung der Grundideen der sozialistischen Gedankenwelt. [...] Später wollte ich Hoffnungszeichen setzen. Ich machte viele Entwürfe. Jedoch im Grunde sind alle an der geradezu kriminellen Haltung meiner Auftraggeber gescheitert oder auf widerliche Weise verbogen worden. [...] Es war ein einsamer und bitterer Weg (Lampugnani 1995: 56 f.).

Interessanterweise ist der „Auftraggeber“ hier nicht mehr die Arbeiterklasse, die sich gemäß der frühen sozialistischen Diktion ihre Architektur selbst schafft, sondern es sind jene politischen Kräfte des sozialistischen Systems in der DDR, die Henselmann nun als offene oder latente Antagonisten seines Werkes beschreibt. Nach abermaligem Systemwechsel, Anfang der 1990er Jahre, waren keine Vorsichten in Bezug auf semantische Fallstricke mehr nötig; damit einhergehend wurde augenblicklich der jahrzehntelang eingeübte utopische Bedeutungsgehalt solcher Begriffe fallen gelassen – was zudem darauf hindeutet, dass es sich schon längst um reine Worthülsen handelte, die nur noch routinemäßig verwendet wurden.

Einerseits bietet also die Henselmann'sche Biographie etliche Anhaltspunkte, um das Verhältnis von Mensch und Staat über die von ihm gebauten Symbole, die ja zugleich auch Manifestationen des Staates waren, und die von ihm geführten Diskurse

²² Als Beispiel sei hier nur an die zunehmend widersprüchliche Konstruktion des „Erbe und Tradition“-Konzeptes zur Geschichtsaneignung und -auslegung speziell der deutschen Geschichte vor 1945 erinnert.

zu rekonstruieren – freilich noch ganz im Spannungsfeld zwischen Planung und Politik. Andererseits hat Henselmann mit seinen Bauten Lebens- und Erfahrungswelten für eine große Zahl von Menschen geschaffen und dadurch zugleich alltägliche, unmittelbare Berührungspunkte mit diesem Staat selbst. Deren tatsächliche, durch ihre Bewohner erfahrene und erlebte Bedeutung gilt es in größerem Rahmen weiter zu untersuchen. Forschungsprogrammatisch gesprochen, wäre das Zusammenspiel kognitiver und mentaler Mechanismen genau an dieser Schnittstelle von Interesse. Was haben diese Symbole, die durch ihre alltägliche Nutzung banalisiert und dadurch zwangsläufig auch vom ideologischen Ballast befreit worden sind, gleichwohl zur Legitimation der staatlichen Ordnung beigetragen, und wie ist diese Mittlerfunktion zwischen Mensch und Staat zu beschreiben? Oder anders gefragt: Wie wurden die Möglichkeiten, die in der gebauten Umwelt angelegt waren, von den Bewohnern abgearbeitet? Wie auch das Beispiel Henselmann zeigt, kann man davon ausgehen, dass Symbol und Erfahrung nicht kongruent waren, sondern dass sich eine individualistische, lebensweltliche Aneignung unter eigensinnigen Motiven vollzogen hat, die gleichwohl den staatlich propagierten Zukunfts- und Entwicklungsparadigmen der sozialistischen Gesellschaft nicht zwingend entsprochen haben dürfte.

LITERATUR

- Barth, Holger (Hg.) (2001): Grammatik sozialistischer Architekturen. Lesarten historischer Städtebauforschung zur DDR, Berlin.
- Berger, Peter L. und Thomas, Luckmann (2004): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt.
- Bernhardt, Christoph und Thomas Wolfes (Hg.) (2005): Schönheit und Typenprojektierung. Der DDR-Städtebau im internationalen Kontext, Erkner.
- Bernhardt, Christoph und Heinz Reif (2009): Sozialistische Städte zwischen Herrschaft und Selbstbehauptung. Kommunalpolitik, Stadtplanung und Alltag in der DDR, Stuttgart.
- Betker, Frank (2005): Einsicht in die Notwendigkeit, Stuttgart.
- Betker, Frank, Carsten Benke und Christoph, Bernhardt (Hg.) (2010) Paradigmenwechsel und Kontinuitätslinien im DDR-Städtebau. Neue Forschungen zur ostdeutschen Architektur- und Planungsgeschichte, Erkner.
- Butter, Andreas (2006): Neues Leben, neues Bauen, Berlin.
- Deutscher Bundestag (Hg.) (1995): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Baden-Baden.
- Deutscher Bundestag (Hg.) (1999): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit“, Baden-Baden.
- Durth, Werner, Jörn Düwel und Niels Gutschow (1998): Architektur und Städtebau der DDR, 2 Bde., Frankfurt.
- Durth, Werner, Jörn Düwel und Niels Gutschow (2007): Architektur und Städtebau der DDR. Die frühen Jahre, Berlin.
- Eppelmann, Rainer (2003): Die Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. In: Hermann Weber, Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach und Ulrich Mähler (Hg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Paderborn, 401-406.
- Fulbrook, Mary (2011): Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt.
- Gillen, Eckhart (2012): Unser Ziel mag eine Utopie sein. Aber was wäre das Leben ohne Utopie? Kunst und Leben in der DDR zwischen Utopieerwartung und Utopieermüdung. In: Karl-Siegbert Rehberg (Hg.), Abschied von Ikarus. Bildwelten in der DDR - neu gesehen. Köln, 51-59.

- Görllich, Christopher (2012): *Urlaub vom Staat. Tourismus in der DDR*, Köln.
<http://dx.doi.org/10.7788/boehlau.9783412215248>
- Gumbrecht, Hans Ulrich (1997): Modern, Modernität, Moderne. In: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe* 4. Mi - Pre. Stuttgart, 93-131.
- Hager, Frank (2015): Architektur und Stadtplanung in der SBZ/DDR bis 1951. Kommunikationsräume einer sozialistischen Moderne. In: Wolfgang Kruse (Hg.): *Andere Modernen. Beiträge zu einer Historisierung des Moderne-Begriffs*. Bielefeld, 179-205.
<http://dx.doi.org/10.14361/transcript.9783839426265.179>
- Hain, Simone (1995): Zur historischen Bedeutung und planungstheoretischen Bewertung der „Reise nach Moskau“. Vorwort. In: Gerhard Mahnken (Hg.): „Reise nach Moskau“. Dokumente zur Erklärung von Motiven, Entscheidungsstrukturen und Umsetzungskonflikten für den ersten städtebaulichen Paradigmenwechsel in der DDR und zum Umfeld des „Aufbaugesetzes“ von 1950. Berlin, 7-11.
- Hartung, Ulrich (2012): Zur Spezifik des Modernen in der DDR-Architektur. Thesen. In: Mark Escherich (Hg.), *Denkmal Ost-Moderne. Aneignung und Erhaltung des baulichen Erbes der Nachkriegsmoderne*. Berlin 2012, 26-41.
- Heise, Wolfgang und Bruno Flierl (Hg.) (1978): Hermann Henselmann. Gedanken, Ideen, Bauten, Projekte, Berlin.
- Henselmann Hermann (1951): ND Zeitungsartikel vom 04.12.1951, „Der reaktionäre Charakter des Konstruktivismus“. Im Wortlaut in: Wolfgang Heise und Bruno Flierl (Hg.) (1978): Hermann Henselmann. Gedanken, Ideen, Bauten, Projekte. Berlin, 78-80.
- Henselmann, Hermann (1995): Redeentwurf zur Feier seines 90. Geburtstages. In: Wolfgang Schäche (Hg.): Hermann Henselmann „Ich habe Vorschläge gemacht“. Berlin, lose Beilage.
- Herrnstadt, Rudolf (1951): Über den Baustil, den politischen Stil und den Genossen Henselmann. In: *Neues Deutschland* 6, 173, S. 3.
- Hilpert, Thilo (Hg.) (2000): *Le Corbusiers „Charta von Athen“*. Texte und Dokumente, Braunschweig.
- Hofer, Sigrid (2012): Ein sozialistisches Bauhaus? Die Staatliche Hochschule für Baukunst und bildende Kunst in Weimar zwischen 1946 und 1951 als Laboratorium der Moderne. In: Karl-Siegbert Rehberg (Hg.): *Abschied von Ikarus. Bildwelten in der DDR - neu gesehen*. Köln, 89-97.
- Hollander, Paul (1969): Kritik und Selbstkritik. In: Claus-Dieter Kernig (Hg.): *Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie*. Bd. 3. Ideologie bis Leistung. Freiburg, 1124-1134.
- Kaelble, Hartmut, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr (Hg.) (1994): *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart.
- Kirschey-Feix, Ingrid (2001): Brigitte Reimann, Hermann Henselmann. Mit Respekt und Vergnügen. Briefwechsel, Berlin.
- Korrek, Norbert (2012): Neubeginn. Die Umgestaltung der Hochschule für Baukunst und bildende Künste Weimar unter ihrem Direktor Hermann Henselmann (1946-1949) und der Neubeginn der Städtebaulehre nach dem Krieg. In: Christoph Bernhardt, Thomas Flierl, Max Welch Guerra (Hg.): *Städtebau-Debatten in der DDR. Verborgene Reformdiskurse*. Berlin, 19-41.
- Kossel, Elmar und Adrian von Buttlar (2013): Hermann Henselmann und die Moderne. Eine Studie zur Modernerezeption in der Architektur der DDR, Königstein im Taunus.
- Lampugnani, Vittorio, Magnago (1995): Brief Hermann Henselmans an Lampugnani vom 14. August 1991. In: Wolfgang Schäche (Hg.): Hermann Henselmann „Ich habe Vorschläge gemacht“. Berlin, 55-57.
- Lindenberger, Thomas (Hg.) (1999): *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln.

- Lukács, Georg (1999): Kunst und objektive Wahrheit. In: Dieter Henrich und Wolfgang Iser (Hg.): Theorien der Kunst. Frankfurt am Main, 260-312.
- Mahnken, Gerhard (Hg.) (1995): „Reise nach Moskau“. Dokumente zur Erklärung von Motiven, Entscheidungsstrukturen und Umsetzungskonflikten für den ersten städtebaulichen Paradigmenwechsel in der DDR und zum Umfeld des „Aufbaugesetzes“ von 1950, Berlin.
- Mitscherlich, Alexander (1965): Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt am Main.
- Mühlberg, Dietrich (2000): „Leben in der DDR“ – Warum untersuchen und wie darstellen? In: Evemarie Badstübner und Dietrich Mühlberg (Hg.): Befremdlich anders. Leben in der DDR. Berlin, 648-695.
- Palutski, Joachim (2000): Architektur in der DDR, Köln, Berlin.
- Poutrus, Patrice G. (2002): Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumententwicklung in der DDR, Köln.
- Puttkamer, Joachim (2009): Sozialistische Staatlichkeit. Eine historische Annäherung. In: Jana Osterkamp und Joachim Puttkamer (Hg.): Sozialistische Staatlichkeit. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 5. bis 8. November 2009. München, 1-18.
- Port, Andrew I. (2010): Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland, Bonn.
- Sabrow, Martin (1999): Der künstliche Konsens: Überlegungen zum Legitimationscharakter sozialistischer Herrschaftssysteme. In: Hermann Weber, Egbert Jahn, Günter Braun, Horst Dähn, Jan Foitzik und Ulrich, Mählert (Hg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1999. Berlin, 191-224.
- Sabrow, Martin (Hg.) (2000): Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, Köln.
- Schäche, Wolfgang (Hg.) (1995): Hermann Henselmann „Ich habe Vorschläge gemacht“, Berlin.
- Schätzke, Andreas und Thomas, Topfstedt (1991): Zwischen Bauhaus und Stalinallee. Architekturdiskussion im östlichen Deutschland 1945-1955, Braunschweig.
<http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-88864-8>
- Schlegelmilch, Arthur (2015): Die DDR als sozialistische (Menschen) Gemeinschaft". Aufstieg und Transformation eines Narrativs. In: Wolfgang Kruse (Hg.): Andere Modernen. Beiträge zu einer Historisierung des Moderne-Begriffs. Bielefeld, 259-280.
<http://dx.doi.org/10.14361/transcript.9783839426265.259>
- Schlögel, Karl (2008): Die Mitte liegt ostwärts. Europa im Übergang, Frankfurt.
- Scholz, Gunther (1985): Hermann Henselmann. Architekt. Jahrgang 1905. DEFA-Produktion, Potsdam.
- Schuhmann, Annette (Hg.) (2008): Vernetzte Improvisationen. Gesellschaftliche Subsysteme in Ostmitteleuropa und in der DDR, Köln.
- Siedler, Wolf Jobst und Elisabeth Niggemeyer (1964): Die gemordete Stadt. Abgesang auf Putte und Strasse, Platz und Baum, München.
- Ulbricht, Walter (1955): Schneller, besser, billiger bauen. In: Neues Deutschland 10, 208, S. 6.
- Winkler, Klaus-Jürgen (Hg.) (2005): Neubeginn, Weimar.
- Wimmer, Martin (2005): Damals in Weimar: 1945-1949. In: Klaus-Jürgen Winkler (Hg.): Neubeginn. Weimar, 120-126.
- Wolle, Stefan (1999): Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR; 1971-1989, Bonn.
- Wolle, Stefan (2008): Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968, Bonn.
- Wolle, Stefan (2011): Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961-1971, Bonn.